

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Annette Karl

Abg. Walter Nussel

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Michael Hofmann

Abg. Claudia Stamm

Abg. Jürgen W. Heike

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Christoph Rabenstein, Günther Knoblauch u. a. (SPD)

Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume (Drs. 17/2585)

Ich eröffne die Aussprache. Die CSU hat acht Minuten, die SPD sechs Minuten, die FREIEN WÄHLER fünf Minuten, die GRÜNEN auch fünf Minuten und die Staatsregierung acht Minuten zur Verfügung. – Als Erste hat Frau Kollegin Karl das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Informationsrecht des Parlaments ist ein hohes Gut. Es ist deshalb gute Sitte, in allen Ausschüssen des Landtags auch Berichtsanträgen der anderen Fraktionen zuzustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, mit der Ablehnung dieses Berichtsantrags zur Behördenverlagerung treten Sie dieses Informationsrecht fahrlässig und vorsätzlich mit Füßen.

(Beifall bei der SPD)

Behördenverlagerungen können ein wichtiges Instrument zur Entwicklung strukturschwacher Regionen sein. Deshalb unterstützen wir diese Bemühungen auch. Behördenverlagerungen sind aber auch sehr teuer und stellen eine große Belastung für die Beschäftigten und ihre Familien dar. Deshalb gilt es sehr wohl abzuwägen, damit sich Aufwand und Ertrag die Waage halten. Deshalb können Behördenverlagerungen nur ein Baustein eines in sich schlüssigen Konzepts für die einzelnen Regionen Bayerns sein. Allein selig machend sind diese Maßnahmen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ein Berichtsantrag ist ein ganz normaler Vorgang im Parlament. Es ist ganz normal, den Zwischenstand der Entwicklungen und Entscheidungsgrundlagen staatlichen Handelns abzufragen, zumal die endgültige Entscheidung in diesem Fall immer weiter hinausgeschoben wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Einen Zwischenbericht zu geben, ist gerade nicht die Preisgabe exekutiver Rechte, wie das einige Kollegen in den Ausschüssen behauptet haben. Ein Zwischenbericht ist ein Zeichen von Transparenz und Bereitschaft zum Dialog auch und gerade mit den Beschäftigten und den dann hoffentlich positiv betroffenen Gemeinden. Herr Minister Söder, Sie sollten sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin Aigner nehmen, nach deren eigenem Bekunden der Energiedialog einen enormen Erkenntnisgewinn gebracht hat. Sie könnten jetzt mit einem transparenten Dialogverfahren einen ersten Baustein für eine Landesentwicklung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger setzen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist recht und billig, Parlamentariern auf drängende Fragen Antworten zu geben, so zum Beispiel auf folgende Fragen: Auf welcher Grundlage treffen Sie die Entscheidung, und welches Verfahren haben Sie zur Standortfindung ausgewählt? Wie viele Arbeitsplätze sollen wohin und warum gerade dorthin verlagert werden und nicht woanders hin? Wann überhaupt sind erste Verlagerungen geplant? Ich meine, die Verlagerung von Arbeitsplätzen bedeutet nicht, hier ein Türschild abzuschrauben und es woanders wieder hinzuschrauben. Das Beispiel des Landesamtes für Statistik zeigt, dass dem Türschild oft nur sehr zögerlich die Beamten folgen. 2009 fiel der Beschluss zur Verlagerung. Bis heute sind von 539 Stellen gerade einmal 150 umgesiedelt worden. Fast ausnahmslos sind es Angestellte, nur 15 % der Beamten haben bis jetzt den Weg zur Arbeit nach Fürth gefunden.

Dass die CSU den Berichtsantrag abgelehnt hat, lässt nichts Gutes ahnen. Es verstärkt den Eindruck, dass hier eine Vergabe nach Gutsherrenart erfolgt, quasi ein

Rückfall in absolutistisches Handeln. Es kann nicht sein, dass allen Bürgermeistern der Wurstzipfel Behördenverlagerung über Monate hingehalten wird, nur um zuzuschauen, wer dann am höchsten springt. Die Staatsregierung muss endlich ein fachübergreifendes komplettes Konzept der Entwicklung vorlegen und nicht nur ein Sammelurium einzelner Maßnahmen des Finanzministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung der Räume ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Verfassungsrang und nicht die Folie für Profilierungsmaßnahmen eines ehrgeizigen Ministers.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kollege Nussel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Karl, genau aus dem Grund, den Sie genannt haben, haben wir den Antrag abgelehnt. Wir werden ihn auch heute wieder ablehnen; denn wir sehen uns in der Verantwortung gegenüber unseren Beamten und unseren Beschäftigten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Berichtsanträge abzulehnen!)

Wir – und da meine ich natürlich die Staatsregierung, die mit unserer Mehrheit hier gewählt wurde - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Sind Sie die Staatsregierung oder das Parlament?)

Wenn Sie zugehört hätten und nicht immer dazwischenrufen würden, dann hätten Sie bei der Regierungserklärung unseres Finanzministers gehört, dass er im ersten Quartal 2015 einen Bericht abgeben wird, wenn er mit allen Ministerien und den zuständigen Verantwortlichen gesprochen hat. Ich bitte Sie einfach, das einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir sind es unseren Beamten schuldig, dass unser Minister ein Konzept vorlegt, welches schlüssig ist und welches bis 2025 greifen soll. Wir wollen 1.500 Ar-

beitsplätze aus verschiedenen Bereichen in den ländlichen Raum verlagern. Mit "ländlicher Raum" meine ich das ganze Land, den ganzen Freistaat Bayern.

(Lachen bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Das wollen Sie schon seit 30 Jahren! Seit 30 Jahren will das die CSU, aber noch nichts ist geschehen!)

Hier gibt es nichts zu lachen. Wir sollten es ernst nehmen, wenn wir Einzelbehörden oder Behördenzentren verlagern oder einzelne Behördenstandorte aufstocken. Wenn sich hier jemand über solche Maßnahmen lustig macht, halte ich das nicht für ehrenwert. Wir reden über Menschen, für die wir Verantwortung haben. Da bin ich schon der Meinung, dass es zum guten Ton des Hauses gehört, hier aufmerksam darüber zu diskutieren. Wenn wir die Stärkung des ländlichen Raums ernst nehmen – und ich hoffe, die Opposition nimmt sie auch ernst –, sollten wir gemeinschaftlich unsere Regionen stärken. Wir sollten hier die Behörden mitnehmen, damit sie sich auch als ein Standbein der Region fühlen, wenn sie dort arbeiten. Diesen Weg, den uns das Finanzministerium und der Finanzminister aufzeigen, sollten wir beschreiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wollen wir auch!)

Ich bitte Sie einfach um Geduld und darum, die Zeit abzuwarten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seit 30 Jahren haben wir Geduld! Seit 30 Jahren kündigen Sie nur an!)

Sie sollten die Zeit abwarten, bis das Konzept schlüssig ist. - Ich bin schon lange in der Politik und brauche mir von Ihnen nicht vorwerfen zu lassen, dass ich nicht weiß, wovon ich spreche.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich gar nicht gesagt!)

- Das haben Sie eben schon gesagt! Herr Rinderspacher, gerade von Ihnen hätte ich einen anderen Diskussionsbeitrag erwartet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wollen doch nur einen Bericht haben!)

– Sie bekommen den Bericht. Das habe ich eingangs gesagt. Ich brauche das nicht dreimal zu wiederholen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Sie lehnen es ab!)

Wir lehnen den Antrag ab, das habe ich auch gesagt. Warum? - Weil wir die Verantwortung haben. Ich hoffe, dass Sie in der Zukunft auch die Verantwortung sehen. Ich hoffe, dass Sie sich für unsere Beamten und für unsere Mitarbeiter verantwortlich zeigen. Und deswegen plädiere ich für die Ablehnung des Antrags. Ich möchte es gar nicht weiter ausführen. Ich hoffe, dass die Opposition auch hier zum Nachdenken kommt und vielleicht einmal vorher mit uns spricht, bevor sie solche Anträge stellt. Dann bräuchten wir hier nicht in dem Ton diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Herr Kollege Muthmann hat jetzt das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Anmerkungen zu dem, was wir gerade von Herrn Kollegen Nussel gehört haben, sind dann doch veranlasst: Die Bitte, vor der Antragstellung auch mit der Mehrheitsfraktion zu sprechen, ist bei einem hochgezogenen Antrag, bei dem wir schon über das Thema gesprochen hatten, besonders beeindruckend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Kollege Nussel, ich stimme Ihnen zu. Sie haben darauf hingewiesen, dass es bei Behördenverlagerungen auch um Menschen geht, für die wir die Verantwortung tragen. Dies wäre auch das zentrale Argument dafür gewesen, diesem Berichtsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

In der Konsequenz ist die Botschaft, die hier und heute von Ihrem Abstimmungsverhalten ausgeht: Es reicht aus, wenn sich der verantwortliche Minister mit seinem Fach- und Ressortkollegen abstimmt und anschließend einen Bericht über die so getroffenen Entscheidungen vorlegt. Wir hätten vorher Informationen gewollt und mitberaten bzw. mitdiskutieren wollen, um noch die eine oder andere Anregung einbringen zu können. Dieses Thema ist unter dem Gesichtspunkt der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und im Hinblick auf die Tatsache, dass es um 1.500 Arbeitsplätze in den Regionen Bayerns geht, zu wichtig, als dass der Bayerische Landtag sagen könnte: Das interessiert uns nicht; wir warten mit Spannung, wie die anderen entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Kern geht es bei diesem Antrag um nichts anderes als um Informationen. Wir wollen wissen, nach welchen Kriterien, auf welchen Grundlagen und mit welchen Überlegungen Entscheidungen vorbereitet werden. Ich nehme nicht an, dass die Antragsteller erwartet haben, dass im Vorfeld schon konkrete Entscheidungsvorschläge vorgelegt werden. Dies wäre natürlich problematisch. Die Fragen, die anstehen, lauten jedoch: Um welche Behörden geht es überhaupt? Um wie viele Arbeitsplätze geht es? – Das wissen wir mittlerweile. Es geht pauschal um 1.500 Arbeitsplätze. In welchen Fachbereichen wird eine Behördenverlagerung Thema werden? - Dies sind Fragen, die ein Landtag besprechen, diskutieren und aufklären muss, wenn er seiner Verantwortung gerecht werden will. Er darf die Entscheidungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen und sie sich hinterher erklären lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, ich bitte Sie, noch einmal über Ihr eigenes Selbstverständnis und Ihre Rolle in diesem Entscheidungsprozess nachzudenken. Was Sie bei diesem Thema an Entscheidungswillen und Beratungsbereitschaft einbringen, ist zu wenig. Hier geht es um wichtige und schwierige Fragen. Wenn Behörden in den ländlichen Raum verlagert werden, entstehen spannende Fragen. Betroffene Bedienstete aus München werden sagen: Wenn schon in den ländlichen Raum, dann wenigstens in größere Orte. In Oberfranken wären etwa Coburg

oder Bayreuth akzeptable Adressen. In Niederbayern kämen Passau, Landshut, Degendorf und Straubing infrage.

(Michael Hofmann (CSU): Regen!)

- Ja, lieber Herr Kollege. Die spannende Frage lautet, ob wir nur auf die zentralen Orte oder auch darüber hinaus schauen sollten. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir an dieser Stelle dieses Stichwort geben; denn bei uns zu Hause gibt es ein sehr gutes Beispiel dafür, dass auch Verlagerungen in den klassischen ländlichen Raum und in kleinere Orte sehr Gutes bewirken können. Ich nenne nur die Zentrale Bußgeldstelle in Viechtach. Wir alle tun das Unsere dafür, dass diese Stelle kontinuierlich Arbeit hat. Dort sind 200 Mitarbeiter beschäftigt. Das ist ein Segen für die Region. Es wird spannend sein, wenn wir darüber diskutieren, ob wir über die Oberzentren und die Mittelzentren hinaus auch in die kleineren Orte gehen können. Das ist nicht nur ein Thema für die Exekutive; es kostet auch Geld. Wir in diesem Hohen Hause haben eine Verantwortung für den Gesamtprozess. Deshalb hätte es beste Gründe dafür gegeben, diesem Berichtsantrag zuzustimmen, um über diese Themen zu beraten.

Ich möchte jetzt noch auf die betroffenen Mitarbeiter zu sprechen kommen, weil dies ein wichtiges Thema ist. Diese Mitarbeiter sollten im Vorfeld von Entscheidungen beraten werden. Deshalb werden wir diesem Berichtsantrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Muthmann, ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass dies eine Frage der Exekutive ist. Die Exekutive wird einen Vorschlag unterbreiten. Es ist dann Sache des Landtags, inwieweit dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb halte ich den Vortrag, den Sie gerade gehalten haben, für äußerst problematisch. Ich glaube nicht, dass den Beamten des Freistaats Bayern

damit gedient ist, wenn über Zwischenberichte Wasserstandsmeldungen abgegeben werden. Es ist sinnvoller, ein Gesamtkonzept vorzulegen.

Sie haben erklärt, dass Sie gerne Anregungen gegeben hätten und Ihnen dies verwehrt worden sei. Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass Sie nicht in der Lage gewesen wären, die entsprechenden Anregungen weiterzugeben. Ich gehe aber davon aus, dass Sie zumindest als Vertreter Ihrer Region einen Brief an den Minister geschrieben und darin Vorschläge gemacht haben, wo eine Behördenverlagerung möglich wäre. Können Sie mir sagen, was Sie in dieser Hinsicht vorgeschlagen haben?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Muthmann, bitte.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Darüber können wir gerne berichten. Herr Kollege Hofmann, zu dem ersten Gedanken, den Sie vorgetragen haben: Wichtig ist, dass die Dinge miteinander verflochten werden und der Landtag, der ein maßgebliches Wort bei der Umsetzung mitzusprechen hat, eingebunden wird, und zwar bevor die Entscheidung getroffen wird. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen. Das habe ich bereits gesagt. Deshalb geht es hier nach meinem Verständnis nicht nur um eine exekutive Entscheidung, da wir das Vorhaben nachher noch einmal bewerten müssen.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Themen und Aufgaben, aber auch Anregungen. Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele nennen, die in der Region bekannt sind. Zum einen geht es um die Stärkung der Finanzämter und zum anderen um die Stärkung der Technologiecampus, um in der Region eine wissenschaftliche Stärkung zu erreichen. Dies ist eine Aufgabe des Staates. Hier gibt es immer noch kommunale Mischfinanzierungen, die wir nicht akzeptieren. Hier gibt es viele Möglichkeiten weiterzukommen.

Im Übrigen ist es wichtig, dass das Know-how der Exekutive in diese Beratungen einbezogen wird. Ich würde nicht für mich in Anspruch nehmen, für alle Ministerien erkennen und bewerten zu können, wo Verlagerungen möglich sind. Gerade darauf hat die-

ser Berichtsantrag abgezielt. Leider verwehren Sie uns die Möglichkeit, in dieser Frage zu besseren Entscheidungen zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt darf ich Frau Kollegin Stamm das Wort erteilen. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Man darf die Frösche nicht fragen, wenn man den Teich austrocknen will. Sehr geehrte CSU, hier geht es aber nicht um Frösche, sondern um Menschen, sogar um gestandene Menschen. Das haben Sie so weit inzwischen verstanden. Sie wollen Ihrem damaligen Minister und dem jetzigen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses nicht mehr folgen. Das ist gut so; denn Behördenverlagerungen machen schlicht keinen Sinn, ohne die Menschen mitzunehmen und ohne sich danach zu richten, was sie wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seien Sie doch einmal ehrlich, sogenannter Heimatminister Dr. Söder: Der große Wurf, der ganz große Coup, den Sie hier mehrfach angekündigt haben, wird es nicht. Sie wollten mit dem Konzept zur Rettung des ländlichen Raumes bereits vor der Sommerpause rauskommen, also vor einem knappen Dreivierteljahr. Dann hieß es, es kommt im Herbst; dann hieß es: Es kommt auf der Klausur in Kreuth, und jetzt heißt es: Es kommt im März. Dann sollen wir eben Anteil an der großen Erkenntnis haben, wie der ländliche Raum gerettet oder gestärkt werden soll.

Ehrlich gesagt, es ist auch ganz gut, dass dieses Konzept nicht kommt, weil man erstens, wie gesagt, die Beschäftigten mitnehmen muss. Zweitens – das zeigt die Antwort auf meine Anfrage ganz klar – hat die Behördenverlagerung strukturellpolitisch keinerlei nachweisbare Effekte, 0,0. Mit keinem Cent wird das in einer sehr ausführlichen Antwort – dafür bedanke ich mich bei den Ministerien mit Ausnahme des Finanzministe-

riums; das erkläre ich nachher noch - beziffert. Drittens ist festzuhalten, dass wir es da, wo es sinnvoll ist, gut finden, wenn man verlagert. Ein Beispiel dafür gibt es beim Finanzamt München: Bereiche wie die Bearbeitung der Einkommensteuer, die man auslagern kann und die gut von der Ferne aus gemacht werden können, können gerne verlagert werden.

Dann gibt es noch ein weiteres Kriterium: Wenn verlagert wird, dann sollte das dahin geschehen, wohin die Versetzungswünsche zielen. – All diese Kriterien sind bei der zuletzt beschlossenen Auslagerung aus dem Finanzamt München nicht berücksichtigt. Da spielten offensichtlich andere Gründe eine Rolle. Oder ist Höchstädt an der Donau der perfekte Standort, um Grundstücke in München zu bewerten? Ist Nürnberg das Zentrum der bayerischen Heimat oder das des ländlichen Raumes?

(Jürgen W. Heike (CSU): Haben Sie was gegen Nürnberg?)

Viertens. Die Antwort auf meine Anfrage ergibt, dass die Verlagerung von Behördenarbeitsplätzen viel Geld kostet. In der Antwort heißt es, dass circa 1.000 Stellen in den letzten fünf Jahren verlagert wurden; das hat circa. 11 Millionen Euro gekostet. Das heißt, die Kosten pro verlagerten Arbeitsplatz betragen 11.000 Euro. In diese Summe ist die Installierung des sogenannten Heimatministeriums in Nürnberg noch gar nicht eingerechnet, weil – darauf bekomme ich keine Antwort – das keine Verlagerung, sondern eine Neueinrichtung ist.

Jetzt spricht tatsächlich die Haushälterin in und aus mir: 11.000 Euro pro Arbeitsplatz! Mit so viel Geld darf ich einen Arbeitsplatz nicht einfach verlagern; das Geld muss anders eingesetzt werden, auch im und besonders für den ländlichen Raum. Damit darf keine Show-Politik betrieben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Summen, die mir da genannt wurden – 11.000 Euro pro Arbeitsplatz –, ist noch gar nicht eingerechnet, was an Synergieeffekten verloren gegangen ist, weil die

Beamtinnen und Beamten auf mehrere Standorte verteilt sind. In den letzten fünf Jahren gab es in Bayern zahlreiche Behördenumstrukturierungen und eine einzige große Verlagerung, nämlich die des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Sie erfolgte gegen viel Widerstand der Beamten und Beamtinnen, die dort gearbeitet haben. Kaum jemand wollte mitgehen. Auslöser war keinesfalls irgendeine Strategie zur Stärkung des ländlichen Raumes, sondern einfach die Pleite der Firma Quelle in Fürth. Die Regierung musste der Öffentlichkeit irgendetwas präsentieren, und deshalb wurde das Landesamt von dem einen Ballungsraum, nämlich von München, in den anderen Ballungsraum, nämlich nach Nürnberg, verlegt. Trotzdem bleibt die Behördenverlagerung, die sich meist nur als Teilverlagerung entpuppt, einer der Hauptpfeiler der Bestrebungen des sogenannten Heimatministers Söder, den ländlichen Raum zu stärken.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es auf die Frage, ob Behördenverlagerungen dem ländlichen Raum wirklich etwas bringen, selbst von Befürwortern der Verlagerungen keine nachvollziehbare und belegbare Antwort gibt. Deswegen erstaunt es mich auch nicht, dass Sie diesem Berichtsantrag nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung, Herr Kollege Heike. Bitte.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Kollegin, könnte es sein, dass Sie vergessen haben, dass da eine ganze Reihe von anderen Verlagerungen war? – Ich will Ihnen nur eine nennen: das zentrale Mahngericht für ganz Bayern in Coburg mit immerhin 200 Arbeitsplätzen. Diese Verlagerung hat der Region verdammt gut getan.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe eine Anfrage gestellt. In der Anfrage beziehe ich mich auf die letzten fünf Jahre. Über das, was ich an Ant-

wort bekommen habe – das ist tatsächlich sehr gut und ausführlich beantwortet worden -, mögen Sie sich bei der Exekutive beschweren. Da ist alles sehr ausführlich drin – bis auf den Bereich des Finanzministeriums, das ausweicht. Diese Zahlen und das, was da ausgerechnet wurde, habe ich Ihnen hier vorgetragen.

Nochmal: Es ist ganz klar, dass wir sagen: Behördenverlagerungen gerne dahin, wo es Sinn macht; das Finanzamt München ist genau so ein Beispiel. Den Einkommensteuerbereich kann man gut verlagern, aber nicht die Bewertungsstelle. Um es noch einmal ganz klar und deutlich zu sagen: Wo es Sinn macht, wohin es Versetzungswünsche gibt, sehr gerne. Aber alles andere macht keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ganze hat jetzt gerade wieder offenbart, welches Verständnis für den ländlichen Raum Sie haben. Wenn es um Großinvestitionen in München geht, gibt es keine Diskussion von der Seite. Wenn es aber um ein paar Euro für den ländlichen Raum geht, wird alles schlechtgeredet.

(Beifall bei der CSU)

So schaut's aus. – Die GRÜNEN haben – die anderen vielleicht schon, aber nicht die GRÜNEN – null Verständnis für die Probleme und Sorgen des ländlichen Raumes in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine große Herausforderung; das hat der Heimatbericht diese Woche gezeigt: Bayern geht es im Grunde genommen gut, und wir haben im Vergleich zu allen anderen Bundesländern top Zahlen. Die einzige strukturelle Herausforderung ist die

Demografie. Die Demografie ist ganz leicht zu erklären: Wir haben fast überall weniger Geburten als Sterbefälle; das können wir übrigens schwer durch politische Entscheidungen beeinflussen. Selbst ein Beschluss des Landtages wird das nicht auf einen Schlag verändern können. Deswegen entscheidet die Zuwanderung am Ende über die Frage der Bevölkerungsentwicklung. Die Zuwanderung kommt bei uns im Wesentlichen aus Deutschland selber, weil Menschen Heimat und Arbeitsplätze suchen. Deswegen stellt sich die Frage, wie wir die Balance zwischen Räumen extremer Verdichtung und Räumen, die nicht dieselben Möglichkeiten haben, gestalten. Dafür braucht es verschiedene Elemente, die den jeweiligen ländlichen Räumen flexibel und passgenau Hilfe bieten. Dazu gehört beispielsweise der kommunale Finanzausgleich.

Oft wird man hier kritisiert: Macht doch mal was. Dann haben wir etwas gemacht: Wir haben Stabilisierungshilfen eingeführt. Wenn ich dann einmal die Frage der Beteiligung anschau, muss ich sagen: Es gibt kaum ein anderes Verfahren, das so transparent ist und an dem auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden und durch das so viele Gemeinden eine echte Hilfe und Unterstützung bekommen, wie beispielsweise die Stabilisierungshilfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir haben letztes Jahr um diese Zeit über drei, vier Monate alle zwei, drei Wochen die Diskussion gehabt: Bei Breitband geht ja nichts voran! Sie versprechen doch bloß; was ist denn jetzt los? Wann macht denn der Söder mal was? Der macht doch nur Show, der tut doch nichts! Da läuft doch gar nichts!

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann macht er das, was wir seit fünf Jahren fordern!
Sie waren doch bisher auch schon Mitglied der Staatsregierung, Herr Söder!)

Meine Damen und Herren, das respektiere ich, dass Sie das gesagt haben. - Ja, ja, Herr Halbleib, wir haben jetzt in einem halben Jahr geschafft, das komplett zu überarbeiten, bei der EU durchzubringen und genehmigen zu lassen;

(Volkmar Halbleib (SPD): Kaum sind zehn Jahre rum, schon passiert was!)

nach einem Jahr sind 78 % der bayerischen Gemeinden im Verfahren, und die Breitbandversorgung im ländlichen Raum ist von 15 auf 25 % erhöht. Wer schafft denn das in Deutschland außer dem Freistaat Bayern? – So.

(Beifall bei der CSU)

Ich will nur drei oder vier Elemente erwähnen, weil sie alle dazu gehören; denn das Argument, die Behördenverlagerung allein sei es, stimmt natürlich nicht. Das ist klar. Darum sagen wir: Es gibt mehrere Elemente.

Die Regionalisierung von Hochschulen ist ein ganz wesentliches Element, weil wir in vielen Bereichen die Chance nutzen, mit Studenten, mit vielen jungen Menschen eine Veränderung herbeizuführen, sowohl im klassischen Universitätsbereich als auch bei anderen. Ich denke daran, dass wir jetzt noch vor Weihnachten ein Signal für die Finanzakademie in Kronach gegeben haben. Es gibt einen Riesenschub, wenn 200 junge Leute in einer Stadt, in einer Gemeinde sind. Sie führen zu einer Belebung, zu einer Veränderung des Klimas und auch zu mehr Respekt für ländliche Räume, die sich an dieser Stelle verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Die Behördenverlagerung ist hier ein ergänzendes, weiteres Instrument – übrigens auch dort, wo wir keine Hochschulen haben. In Räumen ohne Hochschulentwicklung, in ländlichen Räumen, in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, in von Konversion betroffenen Gemeinden oder in Gemeinden mit extremen Problemen – Herr Arnold und viele andere Kollegen wissen das – kann das Instrument der Behördenverlagerung helfen. Meine Damen und Herren, eines muss ich sagen: Selbstverständlich kostet das Geld. Dies wird jedoch auf die getätigten Investitionen umgerechnet. Jede Investition im ländlichen Raum, auch in Gebäude und Ähnliches mehr, bedeutet

Aufträge für die regionale Wirtschaft und tut dem ländlichen Raum gut. Darum ist das Geld an dieser Stelle richtig angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist unser Ziel klar: Wir wollen 1.500 Versetzungen in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. Das hat der Ministerpräsident und das haben wir vorgegeben. Dabei handelt es sich nicht um Zwangsversetzungen. Übrigens gibt es mit einer natürlichen Fluktuation schon sehr viele Möglichkeiten zur Veränderung. Das haben wir mit den Personalräten besprochen. Diese sind mit dem Verfahren einverstanden. Bei uns gehen mehr Versetzungswünsche aus München heraus als nach München hinein ein. Das muss man sagen. Insofern lässt sich an dieser Stelle viel managen. Wichtig ist, Verwaltungseffizienz und Strukturpolitik in Balance zu bringen. Herr Muthmann, es ist richtig: Am Ende besteht die Schwierigkeit, die Gesamtbalance zu halten. Glauben Sie mir, das Verfahren ist transparent, weil mir Hunderte Leute Briefe geschrieben haben, in denen steht, dass dies genau richtig wäre. Es wird Sie überraschen, dass in einem Landkreis manchmal drei Bürgermeister der Überzeugung sind, dass es bei ihnen besser ist als beim Nachbarn. Das ist normal.

Einige Regionen, wie der Landkreis Tirschenreuth, haben sich im Kreistag zusammengesetzt und gesagt: Wir entscheiden uns für einen Standort, das ist unsere zentrale Einheit. An dieser Stelle gibt es viele interessante Angebote, die es gilt zusammenzubringen. Glauben Sie mir, ich habe nicht die Illusion, dass darüber nicht eifrig diskutiert und gestritten wird. Dies ist selbst beim Breitband der Fall. Wenn man etwas Gutes tut und eine Förderung in Höhe von 80 % gewährleistet, gibt es immer noch jemanden, der sagt: Mensch, 90 % Förderung wäre auch nicht schlecht gewesen. Insofern habe ich keine demokratische Illusion.

Ich glaube jedoch, es ist sinnvoll, dass ein solches Konzept sauber und in sich geschlossen ist. Diesen Versuch werden wir unternehmen. Das zu akzeptieren oder nicht zu akzeptieren, ist das gute Recht eines jeden Mitglieds des Landtags. Aus un-

serer Sicht ist wichtig: eins nach dem anderen. Wir reformieren das FAG. Wir reformieren das LEP mit großer Unterstützung von Gemeinde- und Landkreistag. Wir haben das Regionalmarketing verändert und die Fördersummen erhöht. Das stößt auf große Unterstützung in den ländlichen Räumen. Wir haben die Regionalisierung der Hochschulen vorangebracht. Wir bringen die Digitalisierung voran. Ähnliches wird mit der Behördenverlagerung auch passieren.

Geben Sie uns noch einen Monat Zeit. Ich habe mich gewundert, dass Sie den Antrag heute stellen. In einem Monat haben Sie immer noch die Möglichkeit dazu. Dann können Sie losschießen, wie Sie es mögen. Wenn Sie Beifall klatschen wollen, dürfen Sie das. Das ist im Landtag auch zulässig. Das bleibt Ihnen natürlich vorbehalten. Das wird die größte Behördenverlagerung auf einen Schlag sein, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein gutes Signal für die ländlichen Räume. Darum machen wir das auch.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kollege Dr. Rabenstein das Wort.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Minister, ich komme zu Ihrem Heimatbericht und dem, was Sie vorhin angesprochen haben. Nicht alles ist verkehrt, und nicht alles wird von mir kritisiert.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings möchte ich den Bayerischen Rundfunk zitieren. Der Artikel befindet sich im Pressespiegel. Herr Neumaier schreibt: "Auch wenn Söder die Fortschritte der letzten Jahre herausstellt und mit Zahlen belegt, so zeigt der Bericht doch auch, was schiefgelaufen ist." Das haben wir als Opposition seit vielen Jahren angesprochen. Vielleicht sind die Fortschritte eine Reaktion darauf. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen.

In Oberbayern und im Großraum München hat es eine Konzentration an außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegeben. Das wurde von uns über viele Jahre hinweg kritisiert. Jetzt befindet sich in meiner Heimatstadt Bayreuth das Fraunhofer-Institut. Das begrüßen wir. Das damals kritisierte Defizit wird von Ihnen wieder herausgestellt. Sagen Sie doch auch einmal, dass wir damals recht gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Beispiel betrifft den Breitbandausbau. Wie häufig haben wir im Landtag kritisiert, dass das alte Förderprogramm unpraktikabel ist und nicht läuft. Wenn Sie heute erklären, das laufe besser, müssen Sie auch sagen, dass das alte System überhaupt nicht funktioniert hat und erst auf Druck der SPD geändert wurde.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

So war es doch? Wir haben doch gesehen, dass es draußen auf dem Land nicht funktioniert hat. Das haben wir massiv kritisiert. Damals hieß es, das sei nicht europakonform. Jetzt geht es auf einmal.

Was ich sagen möchte: Viele Sachen, die umgesetzt worden sind, sind von uns gefordert worden. Das gilt auch für Behördenverlagerungen. Deshalb hatten wir an der positiven Entwicklung einen großen Anteil. Bitte nehmen Sie das auch zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, wissen Sie, womit ich mich manchmal etwas schwertue? – Mit dieser Debatte: Ich habe recht, ich habe es schon immer gesagt.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Da habe ich etwas getroffen, oder?

(Unruhe)

Da bricht sich noch einmal alles Bahn.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dafür können Sie nur dankbar sein!)

Lassen Sie die Gefühle raus. Ich höre das bei anderen Themen, wie beispielsweise bei der Landesbank, auch: Damals habe ich das schon gesagt. Ich verstehe mein Amt so, dass ich eine Aufgabe zum Wohl der bayerischen Bevölkerung und im Dienst des Bayerischen Landtags zu erledigen habe. Ehrlich gesagt hilft es nicht, eine Stunde darüber zu philosophieren, wer vielleicht irgendwann einmal einen klugen Satz gesagt hat. Viel wichtiger ist es, etwas Kluges zu machen. Das tun wir.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Ablehnung der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen im Erdinger Moos" bekannt geben. Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 71 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit ist dem Votum des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie entsprochen worden.